

DIE STABILITÄT EINER DEMOKRATIE ENTSCHIEDET SICH IN DER POLITISCHEN MITTE. SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG DEUTSCHLANDS IST VIEL IN BEWEGUNG GERATEN, AUCH INTERNATIONAL. ALTE GEWISSHEITEN SCHEINEN NICHT MEHR ZU GELTEN. DABEI BRAUCHEN VIELE NUR EINE NEUE BEGRÜNDUNG.

## STÜHLERÜCKEN IN DER MITTE?

### WIE SICH DIE PARTEIENLANDSCHAFT VERÄNDERT

DR. MICHAEL BORCHARD

*Hauptabteilungsleiter  
Politik und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Wenn die Grabgesänge auf die Volksparteien so etwas wie der „Number-One-Hit“ im Diskurs um die Zukunft unseres politischen Systems sind, dann bildet der Vorwurf, die Parteien seien im erbitterten Kampf um die Mitte kaum noch unterscheidbar, die Grundmelodie dieses „Chartstürmers“. Beginnt tatsächlich das große „Stühlerücken“ in der Mitte? Haben sich die beiden großen Volksparteien wirklich über die Jahrzehnte weitestgehend entideologisiert und angeglichen?

Auf den ersten Blick scheint der Abgesang auf das „alte Parteiensystem“ – wenn es das so jemals gegeben hat – nicht unbegründet zu sein: Die gegenseitige Abschottung und Polarisierung der Parteien nimmt in den Augen der Wähler – so die Parteienforschung – ab, und das Parteiensystem scheint sich gleichzeitig zu fragmentieren. Das „Superwahljahr“ 2009 mit seinen sechs Landtagswahlen und der Bundestagswahl hat tatsächlich ein durchgängiges Muster hervorgebracht: In jedem der neu gewählten Landesparlamente sind mindestens fünf Parteien vertreten, in einem gar sechs. Neue Koalitionsoptionen tauchen auf: Aus den Landtagswahlen seit 1990 sind insgesamt mehr als zehn verschiedene Regierungsmuster hervorgegangen. „Dreiparteienkoalitionen“, seit der Wiedervereinigung als Gefahr für die Stabilität des politischen Systems gesehen, ließen neunzehn Jahre auf sich warten. Die „erdruhschartigen Verluste“ für die eine oder die andere Partei, vor etwas mehr als einem Jahrzehnt die absolute Ausnahme, sind gewissermaßen zur Normalität geworden. So musste die SPD in Hessen ein Minus von 13 Prozent hinnehmen. Die CDU verzeichnete im Saarland ebenfalls 13 und in Thüringen 11,8 Prozent Verluste.

*Die „Jamaika-Koalition“, eine seit langem in der Theorie heiß diskutierte und karikierte Option, ist im Saarland zum ersten Mal Realität geworden: Nach den Wahlen vom 30. August 2009 bildeten CDU, FDP und Grüne eine schwarz-gelb-grüne Landesregierung.*

Und doch tragen die Ergebnisse des Wahljahres eher zur Relativierung als zur Bestätigung einfacher Erklärungsmuster bei. Die vielleicht wichtigste Botschaft ist, dass die These von der „strukturellen linken Mehrheit“ offenbar nicht ohne weiteres zutrifft. Die häufig mit dem Stigma der „neoliberalen Kälte“ belegten Parteien Union und FDP haben mit dem Bekenntnis zu einer gemeinsamen Koalition jedenfalls nicht den erwarteten Schrecken ausgelöst. Im Gegenteil: Wenn es eine dominierende Konstellation des Wahljahres 2009 gibt, dann ist es unter dem Strich ganz klar das christdemokratisch-liberale Modell. Wenn aber daraus folgt, dass sich die Gesellschaft nicht kollektiv nach links bewegt, stimmt dann überhaupt das Bild von der „Reise nach Jerusalem“, bei der die Stühle in der politischen Mitte immer knapper werden?

Gerade im Blick auf die Ergebnisse des Superwahljahres hat das „Schwadronieren“ über die umkämpfte Mitte und die Klage über die Verwechselbarkeit der Volksparteien immer auch den Hauch einer „politischen Todsünde“ an sich: die Wählerbeschimpfung. Als ob die Menschen, die an die Urne gehen, nicht so recht wüssten, was sie dort tun sollen, und sich dann sozusagen entschlossen unentschlossen und uninformiert in letzter Minute für das eine oder das andere Übel entscheiden! Das widerspricht der Realität.

Wähler handeln – wie das Jahr 2009 eindrucksvoll bewiesen hat – außerordentlich rational, ja in großem Maße strategisch, reflektiert und zielstrebig. Zwei Ziele waren – wie auch die demoskopischen Untersuchungen vor dem Wahltag deutlich gezeigt haben – für sie bei der Bundestagswahl dominant: Eine Neuauflage der Großen Koalition war nicht gewünscht, die Bundeskanzlerin sollte an der Spitze einer anderen politischen Konstellation, der christlich-liberalen Koalition, stehen. Das bislang ungekannte Ausmaß des „Stimmensplittings“ zwischen CDU-Erststimme und FDP-Zweitstimme hat der Union ein Erststimmenergebnis von 39,4 Prozent beschert und damit ihr Stimmempotenzial aufgezeigt. Entscheidend war dabei eine Kompetenz, die so gar nicht in das Bild vom „Linksruck“ der Union und vom „Balgen um die Mitte“ passt, sondern eher dem klassischen Kernbestand der Unionsprogrammatik zuzurechnen ist: die Wirtschaftskompetenz. Bei der Befragung von Fokusgruppen durch die Konrad-Adenauer-Stiftung ist deutlich geworden, dass der Union in den Augen der Wähler als einziger Partei diese Kompetenz zugesprochen wurde.

Kurz vor der Wahl nannten 34 Prozent die Union als die Partei, die über die überzeugendsten Wirtschaftskonzepte verfüge. Nur noch 15 Prozent gaben hier die SPD an. Die Wahlen im Saarland und in Thüringen, bei denen die CDU hohe Verluste verkräften musste, widersprechen diesem Befund nicht. Hier war den Analysen zufolge nicht die Sachkompetenz entscheidend, sondern eher die wachsende Unzufriedenheit mit den Landesregierungen bzw. Ministerpräsidenten und ein gewisser „Abnutzungseffekt“, der sich nach jeweils zehn Jahren Regierungszeit mit absoluter Mehrheit eingestellt hatte. In beiden Ländern war die Einschätzung der CDU-Wirtschaftskompetenz dennoch unverändert hoch, aber im Gegensatz zur Bundestagswahl nicht der ausschlaggebende Grund für die Wahlentscheidung. Wenn denn Union und SPD tatsächlich einander so ähnlich sein sollen, wie erklären sich dann deutlich unterschiedliche Kompetenzzusammenfassungen auf wesentlichen Politikfeldern?

Auch hinsichtlich der SPD ist der Hinweis auf die umkämpfte Mitte nicht wirklich zutreffend: Grundtenor der parteiinternen Analysen nach der Bundestagswahl war, dass der explizite Weg in die Mitte eigentlich für die Partei ins Abseits geführt habe. 69 Prozent gaben gegenüber Infratest an, längst nicht mehr zu wissen, was die Partei nach der Wahl vorhabe. 67 Prozent sagten in der gleichen Befragung, dass die Partei mit Hartz IV und der Rente mit 67 sozialdemokratische Prinzipien aufgegeben habe. Eine Unzufriedenheit, die keinesfalls nur mit den parteipolitischen Enttäuschungen der Großen Koalition auf der Seite der SPD-Anhänger zusammenhängt, sondern bereits früher begonnen hat. Seit 1998 hat es die deutsche Sozialdemokratie nicht vermocht, ihre reformpolitischen Impulse, die ja nicht zuletzt das unterstützenswerte Ziel verfolgten, die Sozialsysteme den neuen sozialen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen, in eine „sozialdemokratische Erzählung“ einzubetten. Ein Band, das alle Gruppierungen der Partei umschließt, kam nicht zustande. Wofür die Sozialdemokratie steht, ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht klar geworden. Hinzu kam die nicht zu unterschätzende Wirkung der „Causa Ypsilanti“, die nachhaltigen Schaden an der Glaubwürdigkeit der Sozialdemokratie angerichtet und Vertrauen erschüttert hat. Letztlich hat die SPD – zwischen den Polen des eigenen Spektrums oszillierend – in der gesellschaftlichen Mitte und auf der linken Seite verloren. Die Wählerwanderungen bei der Bundestagswahl, weg von der SPD hin zu Union, vor allem aber zu Grünen und Linkspartei, spiegelt dies deutlich wider. Sie haben ein Ausmaß angenommen, das den Status der SPD als Volkspartei gefährdet. Besonders stark hat sie bei den Jungen unter dreißig, vor allem aber bei den Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen, also bei ihrer Kernklientel, verloren. Die Union hingegen hat die These von der letzten Volkspartei bestätigt: Keine deutsche Partei ist in allen Bevölkerungs-, Alters- und Berufsgruppen so relativ gleichmäßig vertreten.



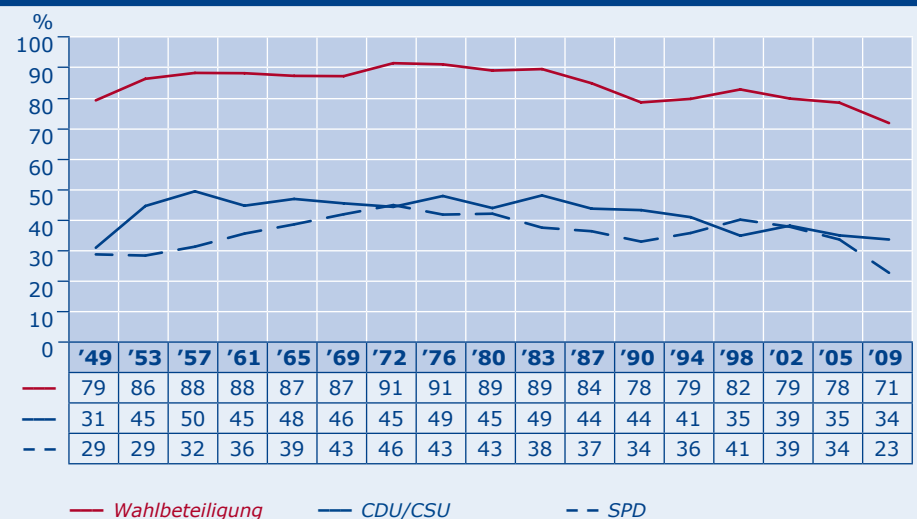
*Bei der Bundestagswahl vom September 2009 errang die Union ein Ergebnis nahe an der magischen Vierzig-Prozent-Marke. Entscheidend dafür war ihre Wirtschaftskompetenz, wie eine Umfrage der KAS ergab.*

Für die Union ist diese Tatsache und die schwierige Entwicklung bei der SPD freilich weder Grund zur Häme noch zur Selbstzufriedenheit. Vielmehr drängen sich auch für sie Lehren aus diesem Exempel auf. Eine Erneuerung der alten Kraft der Volksparteien

ergibt sich nicht, indem man auf eine wie auch immer geartete Veränderung der Gesellschaft, vielleicht sogar auf eine Rückkehr traditioneller Einstellungen und Bindungen hofft. Es sind die Volksparteien selbst, die sich ändern und ihre Erneuerungs- und Überzeugungskraft neu gewinnen müssen. Der „Wanderweg in die Zukunft“ bedeutet für die Union, dass man die Erfolge bei der Erschließung neuer Wählergruppen – beispielsweise die bemerkenswerten Ergebnisse bei den jungen Frauen – verstetigen muss, dass er aber gleichwohl mit dem „Traditionsgepäck“ im Tornister beschriftet werden sollte.

Das betrifft nicht nur die politischen Inhalte, sondern auch den politischen Stil. „Die Botschaft könnte lauten: Die Lage ist ernst. Aber wir können und werden die Krise meistern. Das wird aber nur gemeinsam gelingen. Die Regierung muss ihren Teil dazu beitragen, die Bürger aber auch“ (Warnfried Dettling). Es ist die christliche Demokratie, die mit ihrem klaren Bezug auf das christliche Menschenbild diese Vision einer „neuen Fairness“ zwischen Bürger und Staat, Politik und Gesellschaft so authentisch verkörpern kann, wie kaum eine andere politische Gruppierung.

#### WAHLBETEILIGUNG UND STIMMENANTEILE BEI BUNDESTAGSWAHLEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Zu den Stärken der Union gehört, die christlichen Wurzeln der CDU nicht nur ernst zu nehmen, sondern auch den Dialog mit den Kirchen über die Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu intensivieren und zu vertiefen. Dazu gehört der Wille, den Volkspartei Charakter zu leben, was heißt, eine offene und engagierte Diskussion über grundlegende politische Ideen in der Partei so zu führen, dass das einigende Band zwischen den einzelnen Gruppierungen gestärkt wird. Die Aufforderung der Journalistin Mariam Lau an die Union, „spirituelle Landschaftspflege“ zu betreiben, weist in die richtige Richtung: Kernbegriffe des christdemokratischen Vokabulars wie „liberal“, „christlich-sozial“ und „konservativ“, Werte wie „Freiheit“ und „Verantwortung“ müssen lebensnah immer wieder neu gefüllt und interpretiert werden.

In den 1970er Jahren wie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts hat es die Union geschafft, gesellschaftliche Kernfragen mit zeitgemäßen Konzepten zu beantworten, ohne ihr Profil zu verlieren. Es spricht nichts dagegen, dass sie auch in Zukunft solche Akzente setzen kann und damit die Idee der Volkspartei lebendig hält. Dafür braucht sie freilich breite Unterstützung und wissenschaftliche Begleitung. Die politischen Stiftungen, die qua Satzungszweck die Parteien, sozusagen als „Transmissionsriemen“, bei der in unserer Verfassung geforderten „Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes“ unterstützen und Grundlagen ihres politischen Wirkens erarbeiten sollen, können hier einen wichtigen Dienst leisten.

## DIE ZUKUNFT DES „C“

### EINE WICHTIGE DISKUSSION ÜBER DAS CHRISTLICHE IN DER POLITIK

PROFESSOR DR.  
BERNHARD VOGEL

*Ministerpräsident a.D.,  
bis Ende 2009 Vorsitzender,  
seit 2010 Ehrenvorsitzender  
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Wie Reinhard Marx, dem Erzbischof von München, macht es auch mir Freude, dass gegenwärtig allenthalben über das „C“ in der Programmatik von CDU und CSU diskutiert wird. Von Sympathisanten und Kritikern, von Kirchenmännern und Kirchenfrauen, von Philosophen, Politologen und Soziologen, von Politikern und Journalisten, von Wählern und Nichtwählern. Auf Tagungen, insbesondere auf Klausurtagungen, auf Symposien und Konferenzen, in Mitgliederversammlungen, auf Jahresempfängen und in den Feuilletons der Zeitungen und ihren Leserbriefspalten.

Etwas Besseres kann uns eigentlich nicht passieren, mehr Aufmerksamkeit können wir uns nicht wünschen. Das Christliche, die christlichen Werte sind offensichtlich nicht uninteressant geworden. Man hat sie nicht in der Vergangenheit abgelegt. Sie fordern heraus und provozieren.

Zu Recht schreibt Marx in einem Beitrag in der FAZ (25. Januar 2010): „Eine ‚Musealisierung‘ des Christentums ist überflüssig. Es geht darum, sich dieses ‚C‘ neu zu vergewissern.“ Aber wie macht man das? Wohl am besten, indem man sich vor Augen führt, warum Christen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die CDU und in Bayern die CSU gegründet haben. Sicher, die Männer und Frauen, die nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands überall, oft ohne voneinander zu wissen, eine gänzlich neue Partei gründeten, wünschten sich eine Union der Landschaften, eine Union aller sozialen Schichten und eine Union der Wählerschaft aus beiden christlichen Kirchen. Aber sie wollten mehr. Sie wollten die „zweite Chance“ (Fritz Stern), wenn sie den Deutschen gegeben sein sollte, nutzen und den Staat und seine Verfassung in bewusster Abkehr von der Irrlehre des Nationalsozialismus und ihrer menschenverachtenden Ideologie am christlichen Menschenbild ausrichten. Für ganz Deutschland, wenn das nicht möglich sein sollte, wenigstens zunächst für den freien Westen. Das schworen sich die Männer und Frauen des Widerstandes schon vor dem Ende der Diktatur. Die Idee der Union ist, so hat es Eugen Gerstenmaier formuliert, in den Gefängniszellen von Plötzensee geboren worden.

*Die Orientierung am  
christlichen Menschenbild  
und das Bekenntnis zum  
Christentum bilden auch  
sechzig Jahre nach Gründung  
der Unionen die ethische  
Grundlage ihrer Politik.*

Die Gründer der Union haben sehr bewusst die christlich-sozialen, die wertkonservativen und die liberalen Traditionen der deutschen Parteiengeschichte zusammengeführt. Eine ökumenische Partei aus evangelischen und katholischen Christen entstand, lange bevor in den Kirchen die ökumenische Bewegung sich Bahn brach. Die Politik ist vorausgegangen, die Kirchen sind – Gott sei Dank – nachgefolgt.

Die katholische Soziallehre und die evangelische Sozialethik standen Pate, und sie wurden zum Fundament der neuen Partei, der Union, die zum Ausdruck dessen das „C“ in ihren Namen aufnahm. Von Anfang an als Verpflichtung und als Bekenntnis, als Stachel im eigenen Fleisch und nicht als Anspruch. Als Verpflichtung, sich am christlichen Menschenbild zu orientieren und messen zu lassen, und als Bekenntnis zum

Christentum als eine der Voraussetzungen der abendländischen Demokratie. Dieses Fundament hat getragen über mehr als sechzig Jahre. Die Unionen haben ungeahnte Erfolge (1957 die absolute Mehrheit der Stimmen und der Mandate im Bundestag) und bittere Niederlagen (seit 2005 nur noch 35 Prozent und weniger) begleitet. Das Fundament steht auch heute nicht ernsthaft in Frage, und es darf auch nicht in Frage gestellt werden.

Alle drei Grundsatzprogramme der CDU bekennen sich dazu. Das erste, das – erstaunlich spät – 1978 in Ludwigshafen beschlossen worden ist, das Berliner Programm von 1994 und das Grundsatzprogramm, das 2007 in Hannover verabschiedet wurde.

Das Programm von Hannover ist nicht geschrieben worden, weil wir neue Grundsätze brauchten. Wir haben es verabschiedet, weil wir neue Antworten auf neue Herausforderungen zu geben hatten, die sich uns 1978 oder auch 1994 so noch nicht stellten. Wir müssen – um den Osnabrücker Bischof Bode zu zitieren – auch „den Erdbeben der Zukunft Stand halten“ können.

Bei der Überarbeitung des ersten Kapitels – „Wir christliche Demokraten“ – unseres Grundsatzprogramms sind wir 2007 behutsam und sensibel vorgegangen. Einige Änderungen haben wir gleichwohl ganz bewusst vorgenommen. Wir haben uns selbstverständlich, wie in den früheren Programmen, zum christlichen Menschenbild als der ethischen Grundlage für verantwortungsvolle Politik bekannt (I, 1, 1) und erneut betont, dass sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Aber wir haben ausdrücklich unterstrichen, dass die Union „für jeden offen ist, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht“ (I, 1, 2). Darauf gründet unser gemeinsames Handeln von Christen, Andersgläubigen und Nichtgläubenden in der CDU.

Von diesem Fundament „leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Sie erfordern, begrenzen und ergänzen einander und sind gleichberechtigt. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten ist unsere Aufgabe und Kern der politischen Auseinandersetzung.“ (I, 10)

Das ist die verbindliche Grundlage der CDU. Sie bindet alle, die ihr als Mitglieder angehören, für sie bei Wahlen kandidieren, in ihrem Namen Politik gestalten. Wer sie wählt, soll sich darauf verlassen können. Die CDU ist gut beraten, sich Gedanken über ihre Wahlergebnisse in den letzten zehn Jahren, genauer seit 1998, zu machen. So sehr man versucht ist, auf das desaströse Abschneiden der SPD zu verweisen, so sehr sich Unionswähler darüber freuen dürften, dass Angela Merkel für weitere vier Jahre zur Kanzlerin gewählt ist und dass unser Wunsch in Erfüllung gegangen ist, nicht die Große Koalition fortsetzen zu müssen, sondern in bewährter und erfolgreicher Weise mit der FDP eine Regierung gebildet zu haben, so notwendig ist eigene Nachdenklichkeit. Warum sinkt die Wahlbeteiligung vor allem bei Landtags- und Kommunalwahlen in geradezu erschreckendem Maße? Warum geht die Zahl der Parteimitglieder wieder zurück? Dass sie bei der SPD rascher zurückgeht als bei der Union, darf ein nur schwacher Trost sein. Und was ist gegen diese Entwicklung zu tun?

*Gemeinsam handeln:  
Die CDU ist offen für jeden,  
„der Würde, Freiheit und  
Gleichheit aller Menschen  
anerkennt und die  
hieraus folgenden Grund-  
überzeugungen unserer  
Politik bejaht“  
(Grundsatzprogramm 2007).*

Papst Johannes XXIII. hat einmal gesagt, ein Christ sei ein Mensch, dem die Wirklichkeit so schmeckt, wie sie tatsächlich ist. Diesem Rat sollten wir folgen. Die Wirklichkeit hat sich verändert. Wer heute am Sonntag nur höchst selten in die Kirche geht, darf nicht erwarten, dass seine Mitbürger heute so wählen, wie ihre Großeltern vor fünfzig Jahren gewählt haben. Wer sich – zu Recht – über die friedliche Revolution in Ostdeutschland freut, sollte sich nicht darüber wundern, dass viele alte Seilschaften noch da sind und von ihrem Wahlrecht, das sie früher ihren Kritikern nicht zugestanden haben, jetzt selbstverständlich Gebrauch machen.



Zur neuen Wirklichkeit gehört, dass wir alle, dass die Wählerschaft selbständiger und unabhängiger geworden ist. Tradition und Gewohnheit haben an Bedeutung verloren, Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreudigkeit haben zugenommen. Sollte man das beklagen? Ich meine nein! Aber es müssen Konsequenzen aus dieser neuen Wirklichkeit gezogen werden. Alle Parteien, vor allem aber die Union, sollten erkennen, dass es heute mehr denn je darauf ankommt, Profil zu zeigen. Eine Ansammlung von wählerfreundlichen Aussagen in den Wahlprogrammen reicht nicht. Es genügt nicht, sich an Umfragen und populären Meinungen zu orientieren. Parteien müssen in der Tat nahe bei den Menschen sein, sie müssen wissen, was der Mann/die Frau auf der Straße denkt. Aber sie haben nach wie vor auch die Aufgabe zu führen. Parteien müssen für als richtig erkannte Ziele um Mehrheiten kämpfen. Auch wenn diese Ziele zunächst unpopulär sein mögen.

*Parteien müssen Profil zeigen und die Wähler von der Richtigkeit ihrer Ziele überzeugen. Für die Union gilt es, ihren christlich-sozialen, liberalen und wertkonservativen Wurzeln treu zu bleiben. Dann hat die Idee einer starken Volkspartei in der Mitte Zukunft.*

Konrad Adenauer hatte den Mut, schon 1953 für die Wiederbewaffnung einzutreten. Helmut Kohl setzte nach seiner Wahl zum Bundeskanzler 1982 durch, was sein Vorgänger Helmut Schmidt als notwendig erkannt hatte, womit er aber in seiner Partei gescheitert war, den NATO-Nachrüstungsbeschluss. Beiden gelang es, die widerstrebende Wählerschaft von der Richtigkeit ihrer Entscheidung zu überzeugen und die nachfolgenden Wahlen mit großem Erfolg zu gewinnen.

Parteien dürfen nicht nur Wählerwünsche bündeln, sie müssen auch Ziele vorgeben. Für die Union heißt das, nicht nur dafür zu werben, dass fortschrittliche, liberale, konservative Protestanten und Katholiken sie wählen. Und wenn sie ermittelt, dass konservative Wähler ihr fernbleiben, nicht ein paar Gramm mehr konservative Parolen hinzuzufügen, sondern durchgängig deutlich zu machen, dass sie an ihren drei Wurzeln, die ihr Profil ausmachen, festhalten wird und dass der Baum nur wachsen und gedeihen kann, wenn er aus allen drei Wurzeln Wasser zieht. Nicht heute etwas mehr liberal, ein anderes Mal mehr konservativ, sondern auch für die Zukunft: christlich-sozial, liberal und wertkonservativ. Nur so lässt sich die Idee der Union auch für die Zukunft buchstabieren. Nur so hat die Idee einer starken Volkspartei der Mitte Zukunft.



Für die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Auftrag eindeutig. Sie dient einer großen Idee. Der Idee des christlichen Menschenbildes. Der Botschaft, dass der Mensch von Gott geschaffen ist, dass seine Würde unantastbar ist und dass wir vor Gott und unseren Mitmenschen verantwortlich sind. Es ist der Auftrag der Stiftung, diese Idee zukunftsfähig zu machen und sie immer wieder zeitgerecht neu auszusagen. In Deutschland und zusammen mit unseren Freunden in Europa und in der Welt.

Die geistigen Grundlagen unseres Namensgebers sind unser Programm. Es ist aktueller denn je, es ist notwendiger denn je. Die aktuelle Diskussion beweist es einmal mehr. Gerade zunehmende Säkularisierung und Individualisierung, zunehmende Unübersichtlichkeit verlangen nach neuer Sinnggebung. Unserem Programm in allen Feldern unserer vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, bleibt unsere Verpflichtung.

## ZWANZIG JAHRE DANACH – WIE DIE DEUTSCHEN DIE EINHEIT SEHEN

DR. VIOLA NEU

*Koordinatorin Wahl-  
und Parteienforschung,  
Hauptabteilung Politik  
und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Konrad-Adenauer-Stiftung der Frage nachgegangen, wie die Deutschen heute die Wiedervereinigung bewerten. Zum Fall der Mauer und zur deutschen Wiedervereinigung haben viele ihren Beitrag geleistet: von den Bürgerrechtlern in der DDR, der Volksbewegung bis zu Politikern. Oft engagierten sie sich unabhängig voneinander und zum Teil auch mit unterschiedlichen politischen Zielen und Erwartungen. Seitdem hat sich vieles verändert. Wie werden die letzten zwanzig Jahre heute gesehen? Wie wird der Stand der Wiedervereinigung im Osten wie auch im Westen bewertet? Hierzu hat die Konrad-Adenauer-Stiftung vom 21. bis 25. September 2009 mit dimap 1.307 telefonische Interviews durchgeführt, davon 603 in den neuen, 704 in den alten Ländern.

Unabhängig davon, welche Frage man dazu stellt, verteilen sich die Antworten immer nach einem ähnlichen Schema. Die Anhänger der Linken in Ost- und Westdeutschland zeigen sich generell weniger positiv bzw. eher kritisch bis ablehnend. Bei den Anhängern von Union und SPD finden sich die höchsten Zustimmungswerte. Jüngere Befragte, vor allem die Altersgruppen, die den Fall der Mauer nicht mehr aus persönlichem Erleben kennen, äußern sich hingegen reservierter. Offenbar kann bereits zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer nicht mehr automatisch davon ausgegangen werden, dass dieses historische Ereignis auf Wissen und vertiefte Kenntnisse gründet. Vor allem die Ursachen für den Fall der Mauer und die Rolle der verschiedenen Akteure ist in den jüngeren Altersgruppen weniger gegenwärtig. Die positivste Haltung findet sich bei älteren Befragten. Diese Gruppe hat sowohl die deutsche Teilung als auch die Wiedervereinigung erlebt. Hier ist auch das emotionale Empfinden stärker ausgeprägt.

Insgesamt zeigen die Antworten dennoch nur kleine Differenzen zwischen den alten und neuen Ländern. Auch die Unterschiede in den sozialen Gruppen sind verhältnismäßig gering.

Von den jüngeren Befragten wird der Verlauf der Wiedervereinigung seit dem Fall der Mauer positiv bewertet. Dies gilt bei der Frage nach der Erfüllung von Freiheit und Demokratie, aber auch hinsichtlich der materiellen Verbesserung der Situation in den neuen Ländern. Die jüngeren Befragten bewerten die Angleichung der Lebensverhältnisse deutlich positiver als die älteren Jahrgänge. Somit ist in dieser Altersgruppe zwar eine gewisse Unkenntnis über die Ursachen des Mauerfalls vorhanden, was eine geringere emotionale Verankerung der Ereignisse zur Folge hat, doch schätzt sie die



*Die Berliner Mauer – heute ein großes, buntes Denkmal wie hier an der East Side Gallery. In den Köpfen der Menschen ist sie mittlerweile klein, wie eine Umfrage der KAS ergab.*

### DER FALL DER MAUER

*gute Entscheidung/gutes Ereignis*

Region		Parteipräferenz					Insgesamt
West	Ost	CDU/ CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
<b>91</b>	<b>92</b>	<b>92</b>	<b>92</b>	<b>94</b>	<b>99</b>	<b>90</b>	<b>91</b>

Entwicklung seit der Wiedervereinigung in allen Bereichen positiver ein als die mittleren und älteren Jahrgänge. Daraus lässt sich ableiten, dass die deutsche Einheit mittlerweile etwas Selbstverständliches geworden ist und Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern vor allem von den älteren Jahrgängen betont werden.

An der Richtigkeit des Falls der Mauer zweifelt fast niemand. 91 Prozent sagen, dass das ein gutes Ereignis gewesen sei. Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern sind hier nicht vorhanden. In dieser Frage besteht in allen Gruppen, sogar bei den unterschiedlichen Parteianhängern, großer Konsens.

Hohe Zustimmung findet auch heute noch die historische Entscheidung, die Wiedervereinigung auf der Basis des Grundgesetzes durchgeführt zu haben. Dem stimmen 87 Prozent der Deutschen zu. 85 Prozent der Deutschen bewerten es aus heutiger Sicht als richtig, dass auch in der Zeit der deutschen Teilung am Ziel der Wiedervereinigung festgehalten wurde. Für die Mehrheit der Deutschen ist die friedliche Überwindung der SED-Diktatur ein Grund, stolz zu sein. 79 Prozent stimmen der Aussage zu: „Die Deutschen können stolz auf die friedliche Überwindung der SED-Herrschaft sein“.

#### DIE WIEDERVEREINIGUNG AUF DER BASIS DES GRUNDGESETZES

*gute Entscheidung/gutes Ereignis*

Region		Parteipräferenz					Insgesamt
West	Ost	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
<b>89</b>	<b>80</b>	<b>93</b>	<b>88</b>	<b>89</b>	<b>89</b>	<b>75</b>	<b>87</b>

#### DAS FESTHALTEN AM ZIEL DER WIEDERVEREINIGUNG ZUR ZEIT DER DEUTSCHEN TEILUNG

*gute Entscheidung/gutes Ereignis*

Region		Parteipräferenz					Insgesamt
West	Ost	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	
<b>86</b>	<b>82</b>	<b>90</b>	<b>90</b>	<b>85</b>	<b>96</b>	<b>78</b>	<b>85</b>

#### DIE DEUTSCHEN KÖNNEN STOLZ AUF DIE FRIEDLICHE ÜBERWINDUNG DER SED-HERRSCHAFT SEIN

*stimme voll und ganz zu/stimme eher zu*

Alter					Region	
18 – 24	25 – 34	35 – 54	55 – 64	65+	West	Ost
<b>77</b>	<b>77</b>	<b>78</b>	<b>83</b>	<b>79</b>	<b>79</b>	<b>78</b>

Parteipräferenz						
CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ Die Grünen	Die Linke	Keine Angabe	Insgesamt
<b>84</b>	<b>83</b>	<b>81</b>	<b>84</b>	<b>73</b>	<b>75</b>	<b>79</b>

Die wesentliche Ursache für den Fall der Mauer sehen die Deutschen in dem Bedürfnis nach Freiheit. 80 Prozent stimmen der Aussage zu: „Der Freiheitsdrang der Bürger war so groß, dass er von der SED nicht mehr unterdrückt werden konnte.“ In dieser Frage überwiegt die Übereinstimmung bei den Befragten.

Auch das Mitwirken der Bürgerbewegung am Sturz des SED-Regimes wird aus heutiger Sicht ungebrochen positiv bewertet. 74 Prozent sagen „Die Bürgerbewegung hat einen wesentlichen Anteil an der Überwindung der DDR-Diktatur“.



*Viele Faktoren und Akteure haben zum Fall der Mauer und zur Wiedervereinigung beigetragen. Zwanzig Jahre später bewerten fast alle Deutschen die Einheit als sehr positiv.*

Doch nicht nur das Engagement der Bürger und der Bürgerbewegung wird für das Ende der DDR verantwortlich gemacht. Auch DDR-spezifische Gründe werden deutlich wahrgenommen. So sagen 74 Prozent: „Der wirtschaftliche Niedergang der DDR hat wesentlich zum Ende der SED-Diktatur beigetragen.“

Aber auch die Rolle der Staatsmänner bei der Wiedervereinigung wird von den Deutschen anerkannt. So sagen 73 Prozent: „Entscheidend für das Gelingen der Wiedervereinigung war, dass Politiker wie Helmut Kohl, Hans-Dietrich Genscher, George Bush senior und Michail Gorbatschow entschlossen und mutig gehandelt haben.“

Die Wiedervereinigung ist auch nach zwanzig Jahren für viele Deutsche ein emotional herausragendes Ereignis, an dessen grundsätzlicher Richtigkeit keine Zweifel bestehen. Dabei ist den Deutschen bewusst, dass viele Faktoren für den Fall der Mauer zusammenkommen mussten: die Aktivitäten der Bürgerbewegung, die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit, das entschlossene Handeln der Staatsmänner, aber eben auch DDR-spezifische Gründe wie der wirtschaftliche Niedergang. Auch längerfristige Grundentscheidungen der Bundesrepublik werden aus heutiger Perspektive positiv bewertet.

Die Mauer in den Köpfen ist nach zwanzig Jahren Mauerfall klein. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen sind nur in einigen Einstellungen sichtbar, nämlich wenn es sich um konkrete Bewertungen der Situation in den neuen Ländern seit der Vereinigung handelt. Lediglich bei den Anhängern der Linken ist eine größere Reserviertheit in fast allen abgefragten Bereichen erkennbar. Doch auch bei ihnen überwiegen positive Beurteilungen. Wer aufgrund seines Alters kaum oder keine Erinnerungen an den Fall der Mauer hat, sieht die Entwicklung nach dem Mauerfall insgesamt optimistischer als die älteren Befragten. Dafür ist bei diesen das emotionale Empfinden und Erinnern stärker ausgeprägt als bei den Jüngeren.

## „MY GERMANY“

Seit 2008 stellen Botschafter in der Akademie „ihr Deutschland“ vor. Dabei entwerfen sie ein facettenreiches Bild von Geschichte und Gegenwart, von Kunst, Kultur und Politik der Bundesrepublik Deutschland. Hier einige prägnante Aussagen:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands war die Krönung einer der größten Erfolgsgeschichten der modernen Diplomatie.“  
William R. Timken Jr. (USA)

Mit 20.000 Arbeitsplätzen ist BMW (Sir Michael Arthur: „Britische Motorenwerke“) einer der größten Arbeitgeber auf der Insel. Fazit der engen deutsch-britischen Zusammenarbeit: „Long may that last.“  
Sir Michael Arthur (Großbritannien)

„Heute ist die deutsch-französische Freundschaft für alle selbstverständlich. Das verdanken wir in erster Linie zwei großen Männern mit einem sehr ausgeprägten politischen Willen: Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Diese beiden Staatsmänner verkörpern das, was die deutsch-französische Aussöhnung ausmacht.“  
Bernard de Montferrand (Frankreich)

„In keinem anderen Land könnten sich so viele Ausländer einen festen Platz im öffentlichen Leben erobern.“  
Peter P. van Wulfften Palthe (Niederlande)

„Deutschland und Spanien teilen gemeinsame demokratische und freiheitliche Werte und sind durch eine soziale und ethische Nähe verbunden.“

„Spanien hat eine positive Einstellung gegenüber Deutschland.“  
Rafael Dezcallar de Mazarredo (Spanien)

„Wir haben mit keinem anderen Land so enge Verbindungen wie zu Deutschland, nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch menschliche.“  
Christian Blickenstorfer (Schweiz)

„Polen ist für Deutschland ein wichtiger, weil schwieriger Partner.“

„Missverständnisse“ in den Beziehungen resultierten häufig aus der „Ungleichzeitigkeit der politischen Debatten“ in beiden Ländern.  
Marek Prawda (Polen)

## DEUTSCHLANDBILDER

DEM DEUTSCHEN VOLKE

## VOM MAUERFALL ZUR EINHEIT – DAS JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN

PROFESSOR DR.  
HANNS JÜRGEN KÜSTERS

*Leiter Hauptabteilung  
Wissenschaftliche Dienste,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 ist in seinem Ereignisablauf ein glücklicher Zufall und zu diesem Zeitpunkt von niemandem erwartet worden. Alle Regierungen trifft die Entwicklung unvorbereitet. Im Mittelpunkt steht allseits das Bestreben, alles unter Kontrolle zu halten. Eine wesentliche Voraussetzung für den friedlichen und unblutigen Verlauf des Zusammenbruchs der DDR ist der Verzicht der sowjetischen Führung auf den Einsatz militärischer Mittel. Dem folgt von Seiten des Westens der Verzicht, die Schwäche der Sowjetunion einseitig auszunutzen.

In dieser Krisensituation und für das Zustandekommen der Wiedervereinigung spielt die persönliche Diplomatie der Staats- und Regierungschefs und ihre Steuerung des Entscheidungsprozesses die entscheidende Rolle. In engen Kontakten und Telefonaten betreiben Helmut Kohl, George Bush, Michail Gorbatschow und François Mitterrand, aber auch die Außenminister Hans-Dietrich Genscher, James Baker, Eduard Schewardnadse, Douglas Hurd und Roland Dumas ein intensives Krisenmanagement. Sie verhindern das Entstehen einer explosiven Lage, legen Konflikte bei, begrenzen Verstimmungen und handeln Kompromisse aus.

Der Wiedervereinigungsprozess vollzieht sich mit größerer Dynamik, als alle Beteiligten erwarten. In der zweiten Januarhälfte 1990 stellen die Regierungen in Bonn, Washington und Moskau die Weichen in Richtung Wiedervereinigung. Verschiedene Gründe sind dafür ausschlaggebend.

Die Entwicklung in der DDR ist von der Unfähigkeit und dem zunehmenden Machtverfall der Regierung Hans Modrow gekennzeichnet. Sie wird inzwischen von den Bürgern nicht mehr als Macht im Staate akzeptiert. Die Stasi ist nach dem Sturm auf die Normannenstraße desavouiert. Die desolote ökonomische Lage der DDR treibt die Zahl der Übersiedler in die Bundesrepublik weiter in die Höhe. Die DDR steht unmittelbar vor dem Bankrott und benötigt dringend die Finanzhilfe der Bundesrepublik. Der Wille der Bürger, möglichst sofort in den Genuss der Freiheitsrechte und des Lebensstandards der Bundesrepublik zu gelangen, zwingt die Bundesregierung, ein neues Konzept vorzulegen.

Bundeskanzler Kohl entschließt sich zum Strategiewechsel, indem er drei Grundsatzentscheidungen trifft. Er strebt die Wiedervereinigung in Form einer bundesstaatlichen Lösung so schnell wie möglich an. Zudem will er mit dem Vorschlag einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der DDR die innerstaatliche Wiedervereinigung vorantreiben. Darüber hinaus gelingt es dem Kanzler, mit der Wahl der parteipolitischen Bündnispartner in der DDR und der Zusammenführung der Allianz für Deutschland eine Wahlkampfplattform für die Volkskammerwahlen zu schaffen und über die Parteigremien Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung in der DDR zu erlangen. Gleichzeitig lehnt die Bundesregierung umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfen für die Regierung Modrow ab, bis am 18. März 1990 in freien Wahlen die Volkskammer



*Die Unterzeichnung des Staatsvertrags zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 18. Mai 1990 war ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung.*

gewählt und eine demokratische Regierung unter Leitung von Lothar de Maizière im Amt ist. Schließlich entscheidet sich die Bundesregierung, den verfassungsrechtlich vorgezeichneten Weg des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes zu gehen.

Ebenfalls im Januar 1990 gibt auch die Regierung Bush ihre Strategie der Schritt-für-Schritt-Politik auf und drängt auf die schnelle Wiedervereinigung. In Washington beruht die veränderte Taktik auf der Überlegung, Deutschland nicht vor die Wahl „Einheit oder Allianz“ zu stellen. Hauptsorge ist, dass diese Frage überhaupt aufgeworfen wird – und erst recht nicht die Frage: „Einheit oder Allianz mit der Sowjetunion“.

Der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt jedoch bei Gorbatschow. Für seine Entscheidung Ende Januar 1990, den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, spielen die erhebliche finanzpolitische Zwangslage und massive Versorgungsschwierigkeiten der Sowjetunion ebenso eine Rolle wie die Erkenntnis, dass die Entwicklung in Deutschland nicht mehr aufzuhalten ist. Die Massendemonstrationen der Bürger in der DDR setzen auch Moskau unter Handlungsdruck.

Die Bundesregierung hat Anfang Februar klare Vorstellungen über Ziele, Taktik und Methoden der Wiedervereinigung. Sie strebt die Wiederherstellung der Einheit und Souveränität Deutschlands durch Ablösung sämtlicher Viermächterechte an. Einvernehmen besteht mit der Regierung Bush über die Trennung der inneren und äußeren Aspekte der Wiedervereinigung, verbunden mit einem schnellen Verhandlungstempo. Die Entscheidung, im Zwei-plus-Vier-Rahmen nur über die Ablösung der Viermächterechte zu verhandeln und die Verhandlungen über die innere Wiedervereinigung den Deutschen zu überlassen, schafft die Ausgangsbasis, die Sowjetunion unter den Vier Mächten zu isolieren. Voraussetzung ist ein zügiger Abschluss der Verhandlungen über die Wirtschafts- und Währungsunion.

Der Wahlsieg der Allianz für Deutschland bei den Volkskammerwahlen Mitte März 1990 wird als Erfolg des Bundeskanzlers gewertet. Damit sind letzte Zweifel an dem Willen der Deutschen zur Einheit ausgeräumt. Das Konzept der Bundesregierung geht auf. Der Abschluss des Staatsvertrages über die deutsche Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Mitte Mai 1990 garantiert der DDR umfangreiche Hilfen. Die Einführung der D-Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 ist der erste Schritt zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Die Regierungskoalition nutzt diesen Erfolg und strebt nunmehr gesamtdeutsche Wahlen zum Zeitpunkt der fälligen Bundestagswahl Ende 1990 an. Sie geht davon aus, dass ihr die bis dahin erreichte Wiedervereinigung den Wahlsieg beschert.

Hat die Bundesregierung die Länder bisher aus den Verhandlungen mit der DDR weitgehend heraushalten können, so gelingt das bei den Verhandlungen über den Einigungsvertrag nicht mehr. Mit dem Sieg Gerhard Schröders bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Mai 1990 verlieren die CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat die Stimmenmehrheit. Außerdem benötigt die Bundesregierung für den zweiten Staatsvertrag, der die Einigung besiegeln soll und ohne Änderungen des Grundgesetzes nicht zu bewerkstelligen ist, die Stimmen der SPD für eine Zweidrittelmehrheit. Somit ist die Regierung Kohl gezwungen, sich mit den Sozialdemokraten zu arrangieren. Der Schachzug des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, die Verhandlungen über den Einigungsvertrag so weit vorzubereiten, dass alle notwendigen Prüfungen für einen Beitritt erfolgt sind, bevor die eigentlichen Verhandlungen beginnen, führt zum Erfolg. Es soll nur noch darüber gesprochen werden, was die beitriftswillige DDR-Regierung als verhandlungsnotwendig erachtet. Weitreichende Veränderungen an dem politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik sind nicht erforderlich. Mit dem Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes bestätigt die Bundesregierung ihre seit vierzig Jahren vertretene Kernstaatstheorie.



Plakat zur Volkskammerwahl, die am 18. März 1990 stattfand.

Im Juni 1990 werden die Stimmen in der DDR nach sofortigem Beitritt immer lauter. Die Koalitionskrise der Regierung de Maizière Anfang August sowie die notwendigen Abstimmungen zwischen Bund und Ländern bestimmen die Verhandlungen über den Einigungsvertrag. Während die Bundesregierung nur das Notwendigste an der bestehenden Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik ändern will, sieht die Opposition ihre Chance, eine Revision des Grundgesetzes zu verlangen. Zentraler Konflikt sind die Kosten der Einheit, über deren Finanzierung Bund und Länder von Beginn an streiten. Während der Bund sich mit der Beteiligung der Länder an dem Mitte Mai 1990 vereinbarten Fonds Deutsche Einheit nicht zufriedengeben will, erkennt die DDR-Regierung zunächst nicht den Vorteil, an dem Länderfinanzausgleich beteiligt zu werden. Der Einbeziehung der in der DDR neu entstehenden Länder in dieses Ausgleichssystem stimmen die Länder der Bundesrepublik nur nach einer Übergangszeit zu. Zugleich setzen sie eine neue Stimmengewichtung im Bundesrat durch, wodurch das politische Gewicht der bevölkerungsstarken und finanzkräftigeren Länder gewahrt bleibt.

Am 23. August 1990 stimmt die Volkskammer völlig überraschend dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zu und setzt den 3. Oktober als offizielles Beitrittsdatum fest, nachdem de Maizières Drängen auf vorgezogene gesamtdeutsche Wahlen am 14. Oktober gescheitert war. Am 31. August wird der Einigungsvertrag unterzeichnet. Zwei Wochen später, am 12. September, findet in Moskau die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages statt, nachdem sich Kohl und Gorbatschow bei ihrem Treffen im Kaukasus Mitte Juli über die Modalitäten verständigt haben.

Doch warum wird der 3. Oktober zum Tag der Deutschen Einheit? Die Ergebnisse des Zwei-plus-Vier-Vertrages sollen den Außenministern der KSZE-Mitgliedstaaten formell bekannt gegeben werden. Diese treffen jedoch erst nach der Eröffnung der UNO-Vollversammlung am 1. Oktober, also am 2. Oktober, in New York zusammen. Folglich ergibt sich der 3. Oktober als erster Tag des wiedervereinten Deutschland, zu dem die Vier Mächte ihre Vorbehaltsrechte gegenüber Deutschland als Ganzes aufgeben, die sie am 5. Juni 1945 proklamiert hatten. Völkerrechtlich souverän wird die Bundesrepublik Deutschland nach Ratifikation und mit Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages (eigentlich „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“) am 15. März 1991.

*Am 12. September 1990 unterzeichnen die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte in Moskau den Zwei-plus-Vier-Vertrag. Damit erhält Deutschland nach rund 45 Jahren seine volle Souveränität zurück.*



Die Wiedervereinigung stellte keine historische Unausweichlichkeit dar, wie Margaret Thatcher stets behauptet. Natürlich wären andere Entwicklungen und Optionen möglich gewesen. Nach einer vorübergehenden Phase des Zögerns sind politischer Instinkt, Verhandlungsgeschick, Durchsetzungskraft des Bundeskanzlers und auch einige glückliche Umstände ausschlaggebend gewesen, dass die deutsche Einheit schneller wiederhergestellt worden ist, als viele sich das nach vier Jahrzehnten Teilung noch haben vorstellen können. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist in einem enormen Kraftakt zustande gekommen, auf den die Deutschen stolz sein können.



### Das Ringen um die deutsche Einheit

*Der Autor zeichnet den Weg, der am 3. Oktober 1990 zur inneren und äußeren Einheit Deutschlands führt, aus den Akten des Bundeskanzleramtes nach. Er gibt kenntnisreich und detailliert Einblick in eine Phase deutscher Politik, in der „eine Vielzahl von Problemen, für die es keine Antwortmuster gab, plötzlich gelöst werden musste“, so Wolfgang Schäuble in seinem Geleitwort zu diesem Buch.*

### Das Ringen um die deutsche Einheit.

#### Die Regierung Helmut Kohl im Brennpunkt der Entscheidungen 1998/90

Hanns Jürgen Küsters, Freiburg 2009, 512 Seiten, 18 EUR

ISBN 978-3-451-30253-4



## ERNSTFALL DEMOKRATIE – ALS DER EISERNE VORHANG IN EUROPA VERSCHWAND

DR. THOMAS KUNZE

*Leiter Europa/  
Nordamerika-Abteilung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

9. November 1989, Ost-Berlin: Um 21 Uhr erhält Honecker-Nachfolger Egon Krenz einen Anruf des noch amtierenden Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke: Günter Schabowski habe irgendetwas auf einer Pressekonferenz gesagt. Viele Menschen würden sich in Richtung Grenze bewegen. „Wenn wir nicht sofort entscheiden, was zu tun ist, verlieren wir die Kontrolle“, beschwört er den neuen SED-Generalsekretär. Aber die SED-Führung hat bereits die Kontrolle verloren. Grenzzoffiziere entscheiden im Angesicht der sich versammelnden und herandrängenden Menschenmassen zum Teil eigenverantwortlich, die Tore zu öffnen. Kurze Zeit später feiern Zehntausende DDR-Bürger gemeinsam mit den Westberlinern auf dem Kurfürstendamm und am Brandenburger Tor. „Ein Traum ist in Erfüllung gegangen“, titelt am nächsten Tag eine Sonderausgabe der *Berliner Morgenpost* und spricht damit Millionen Deutschen aus dem Herzen.

*Ein Traum wird wahr:  
Am 9. November 1989  
öffnet die DDR ihre  
Grenzen. Die Vorge-  
schichte dazu fand auch  
in Osteuropa statt.*

Dieser Traum hat eine Vorgeschichte. Ohne den Mut der Polen und der Ungarn und ohne historische Persönlichkeiten wie Michail Gorbatschow, George Bush senior, Helmut Kohl und Papst Johannes Paul II. wäre die Geschichte anders verlaufen.

Im Juni 1987 hatte Papst Johannes Paul II. seinem Heimatland Polen einen Besuch abgestattet. In Danzig hielt er vor einer dreiviertel Million Gläubigen die außergewöhnlichste Messe seines Pontifikats. Angesichts eines unübersehbaren Meeres von Fahnen der noch verbotenen oppositionellen Gewerkschaft Solidarnosc legte er die vorbereitete Predigt zur Seite und rief seinen Landsleuten zu: „Ich bete jeden Tag für Sie in Rom, ich bete für mein Heimatland und für Euch Arbeiter ... Kein Kampf ist wirkungsvoller als jener der Solidarnosc“. Die beeindruckenden Bilder Hunderttausender weinender und applaudierender Menschen gingen um die Welt.

Polen wurde im August 1989 das erste Land des Ostblocks, das keinen kommunistischen Regierungschef mehr hatte. Die Sowjetunion hatte wenige Monate zuvor durch den Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan zu erkennen gegeben, dass sie nicht mehr zum Schutz der kommunistischen Regime intervenieren würde. Mit der Aufgabe der Schutzfunktion hatte Gorbatschow das Ende des sozialistischen Weltsystems eingeläutet.

Nun entwickelten sich die Ereignisse mit einer ungeheuren Schnelligkeit: Im Juni 1989 wurde in Budapest der 1958 hingerichtete ehemalige Ministerpräsident Imre Nagy feierlich umgebettet. Das Begräbnis stellte zugleich eine Rehabilitierung der Revolutionsopfer von 1956 dar. Das ungarische Fernsehen übertrug das Ereignis live. Um zwölf Uhr ertönten in ganz Ungarn die Glocken. Das Land hielt eine Schweigeminute ab. Auf dem Budapester Heldenplatz sangen eine viertel Million Menschen ihre Nationalhymne. Die Trauerreden gerieten zur Abrechnung mit dem Kommunismus. Als US-Präsident George Bush wenige Wochen später Ungarn besuchte, ließ der ihm bereitete Empfang das Ende des Kommunismus erahnen. Im strömenden Regen warteten mehrere Zehntausend

Menschen vor dem ungarischen Parlamentsgebäude auf die Ankunft des amerikanischen Präsidenten. Ein unbeschreiblicher Jubel brach aus, als die Wagenkolonne von George Bush und seiner Frau Barbara eintraf.

Bereits zwei Monate früher, am 30. Mai 1989, hatte der US-Präsident seinem sowjetischen Amtskollegen in der wohl wichtigsten Rede seiner Amtszeit das Angebot zur Beendigung des Kalten Krieges und der Teilung Europas gemacht. Im Austausch dafür übernahm er die Verpflichtung, die sowjetischen Sicherheitsinteressen zu respektieren und bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zusammenzuarbeiten. Die Rede hatte für die osteuropäischen Staaten Signalwirkung. Man spürte förmlich, dass mit ihr Weltgeschichte geschrieben wurde. Am 10. September 1989 öffnete Ungarn schließlich als erstes Land des Ostblocks den Eisernen Vorhang.

Die Ereignisse des Herbstes 1989 lösten jeweils Domino-Effekte aus: die Massenflucht von DDR-Bürgern in den Westen, der Rücktritt Erich Honeckers, der Fall der Berliner Mauer und – einen Tag nach dem Mauerfall – der Rücktritt des bulgarischen KP-Chefs Todor Schiwkow und die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei.

Das physische Ende des rumänischen Staats- und Parteichefs Nicolae Ceaușescu wurde schließlich – weltweit in die Wohnstuben übertragen – zum Sinnbild für das Ende des Kommunismus in Europa. Als Ceaușescu am 22. Dezember 1989 vom Balkon des Gebäudes des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei in Bukarest aus das Wort ergriff, um vor einer organisierten Menschenmasse zu sprechen und die Aufstände in rumänischen Städten zu verurteilen, gegen die er zuvor Militär und Geheimdienst blutig hatte vorgehen lassen, mischten sich in den organisierten Applaus, den er sonst bei seinen Reden zu hören gewohnt war, zunächst leise, dann immer lauter und intensiver werdende Buhrufe und Pfiffe. Konsterniert und zutiefst verunsichert unterbrach Ceaușescu seine Rede. Die Kameras schwenkten für einige Minuten auf die Nachbargebäude, es war nur noch zu hören, wie Ceaușescu sagte: „Das ist eine Provokation.“

Er klopfte immer wieder an das Mikrofon und stotterte: „Hallo, hallo, hallo! Genossen! Verhalten Sie sich ruhig!“ Im Hintergrund rief seine Frau: „Ruhe! Ruhe! Ruhe!“. Einstudierte Sprechchöre „Ceaușescu-Romania!“ verschafften ihm nach einigen Minuten noch einmal die Chance zu sprechen. Die Kameraobjektive richteten sich wieder auf ihn. Ad hoc versprach er eine Erhöhung der Mindestlöhne, des Kindergeldes und der Renten. Doch die Unruhe der Massen nahm zu. Die Fernsehübertragung wurde abgebrochen. Die Fernsehzuschauer sahen als letztes Bild das von ungläubiger Verblüffung verzerrte Gesicht ihres Präsidenten. Drei Tage später wurde er gemeinsam mit seiner Frau Elena hingerichtet. Europa war vom Kommunismus befreit.



*Eine Menschenmenge umringt im März 1990 in Bukarest eine umgestürzte Lenin-Statue – Symbol für das Ende des Kommunismus. Seit dem Sturz des Diktators Nicolae Ceaușescu herrschten in Rumänien bürgerkriegsähnliche Zustände.*

Die ehemaligen kommunistischen Machthaber hatten das Arsenal totalitärer Spielregeln und die Aufrechterhaltung einer die Realität überlagernden zentralen ideologischen Fiktion beherrscht. Sie benutzten den Marxismus in willkürlicher Auslegung dazu, das absolute Machtmonopol mit einer vorgegaukelten Wissenschaftlichkeit zu untermauern. „Sozialistische Demokratie“ und „Diktatur des Proletariats“ hießen die Schlagworte. Gestützt wurde ihre Macht durch demagogische Massenpropaganda, psychischen und physischen Terror, die Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche und durch ihre Geheimpolizei. Doch in der Stunde des Sturzes der kommunistischen Führer zeigte sich, wie fragil ihr System war. Die Schwäche der totalitären Propaganda erkennt man im Moment der Niederlage. Kaum war die zentrale, alles dominierende Gewalt auseinandergebrochen, wechselte ein Großteil der einstigen Gefolgsleute mit verblüffender Geschwindigkeit und ohne sich auch nur einen Moment mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen das Lager. Neue Pfründe warteten darauf, vergeben zu werden, und in den meisten Staaten des ehemaligen Ostblocks behinderten deshalb alte Eliten den nun einsetzenden Transformationsprozess genauso, wie sie durch ihn profitierten.

Der Weg zu Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie war steinig. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat ihn von Anfang an begleitet: Das erste Büro im ehemaligen sowjetischen Machtbereich eröffnete die KAS genau einen Tag nach dem Mauerfall, am 10. November 1989, in Warschau. Es folgten Büros in Budapest, Prag und Riga. Im Jahr 2009 hat die KAS Büros in Albanien und der Republik Moldau eröffnet und ist damit in allen Hauptstädten Mittel-, Ost- und Südosteuropas mit eigenen Büros vertreten. Ziel der Arbeit war von Anbeginn die konstruktive Begleitung des politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses, der Aufbau der Bürgergesellschaft, die Entwicklung des Parteiensystems, eine funktionsfähige Sozial- und Wirtschaftsordnung, die europäische Integration und die Pflege partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern der Region. Heute, zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges, ist der wichtigste Teil der Wegstrecke zurückgelegt.

*Am Tag, nachdem die Mauer fiel, eröffnet die KAS ihr Büro in Warschau. Inzwischen ist sie in allen Hauptstädten Mittel-, Ost- und Südosteuropas vertreten.*

2009 erinnerte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit vielen Veranstaltungen im In- und Ausland an die dramatischen Ereignisse des historischen Jahres 1989. Ein Sonderportal auf [www.kas.de](http://www.kas.de) beschreibt unter dem Titel „Jubiläen von Einheit und Freiheit“ damit verbundene Weichenstellungen für die Zukunft. In Prag gedachte eine Tagung des 20. Jahrestages des Endes des Totalitarismus. In Sopron trafen sich Zeitzeugen des Paneuropäischen Picknicks mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. In Warschau diskutierte eine internationale Wissenschaftskonferenz über „das polnische Jahr 1989“. In Bukarest unterstützte die KAS ein Theater- und Filmprojekt, das die Revolution von 1989 und die Bedeutung von Demokratie und Freiheit einem breiten Publikum in beeindruckender Weise bewusst machte. In Moskau erinnerte der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, an den Beginn des Weges zur deutschen Einheit und daran, dass dieser Weg ohne die vielen Freunde, die Deutschland bis heute in Russland hat, so nicht hätte beschritten werden können. Am 31. Oktober 2009 trafen sich schließlich auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung noch einmal die drei großen Männer, die vor zwanzig Jahren Weltgeschichte schrieben: Helmut Kohl, Michail Gorbatschow und George Bush sen. Im überfüllten Berliner Friedrichstadtpalast sprachen sie über die Wochen des Jahres 1989, in denen der Eiserne Vorhang fiel.



*Mit einer Festveranstaltung würdigte die KAS am 31. Oktober 2009 im Berliner Friedrichstadtpalast Akteure der Deutschen Einheit. Das Bild zeigt den früheren Sowjetführer Michail Gorbatschow, den Ex-US-Präsidenten George Bush und Altkanzler Helmut Kohl (vorne), Bundeskanzlerin Angela Merkel, Eva-Luise Köhler und Bundespräsident Horst Köhler sowie den KAS-Vorsitzenden, Professor Bernhard Vogel.*

Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist für viele Völker unseres Kontinents eine Vision in Erfüllung gegangen. Sie sind in einem Europa vereint, das Frieden und Freiheit garantiert. Die sich rasant verändernde Welt bringt neue Herausforderungen mit sich. Es ist zu hoffen, dass das Jubiläumsjahr der Freiheitsrevolutionen auch die Diskussion darüber in Gang halten wird, wie wichtig die Verteidigung unserer Freiheit und unserer europäischen und christlich-abendländischen Werte gegenüber neuer Intoleranz und Intoleranten ist.

# Platz der Grundrechte

## DEMOKRATIE FÄNGT UNTEN AN – NEUE VERANTWORTUNG FÜR DIE LOKALE EBENE

FLORIAN SCHARTAU  
*Koordinator Kommunalpolitik,  
Hauptabteilung Politik  
und Beratung,  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

„Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns“ erhoffte sich Freiherr vom Stein, als er 1808 die preußische Städteordnung einführte. Wie die „Stein-Hardenbergschen“ Reformen insgesamt zu einer schubhaften Modernisierung des Landes führten, sollte das Urdokument der Kommunalpolitik vor Ort, in jeder Stadt breite Beteiligung der freien und frei gewordenen Bürger an der lokalen Politik schaffen. Die Stärkung des Gesamtstaates sollte auch über die Verbindung der Menschen mit ihrer Gemeinde erreicht werden. Die Bürger sollten die Stadtverordneten und den Magistrat wählen und somit die Möglichkeit haben, über Aufgaben vor Ort und die mit ihnen betraute Verwaltung zu bestimmen. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführten Reformen der Selbstverwaltung wurden zu einem grundlegenden Prinzip deutscher Staatsorganisation, auf das nach 1945 in einem demokratischen Geist erfolgreich aufgebaut werden konnte.

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik ist zweifelsohne auch eine Erfolgsgeschichte der kommunalen Selbstverwaltung. Die föderale Ordnung des Grundgesetzes „will dem Zentralismus wehren, will Macht begrenzen, will Macht kontrollieren“ (Professor Bernhard Vogel). Während im freien Teil Deutschlands Konrad Adenauer, schon bevor er Präsident des Parlamentarischen Rates wurde, sagte: „Es ist uns ernst mit der Forderung nach einem föderalistischen Aufbau Deutschlands“, lautete 1946 die Parole der SED: „Einheit bedeutet Aufstieg, Föderalismus Niedergang!“.

Die Gemeinden sind seitdem zu einem wichtigen, nicht ersetzbaren Teil des deutschen Föderalismus geworden. Artikel 28 Absatz 2 des Grundgesetzes weist ihnen die Zuständigkeit bei allen Aufgaben zu, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln. Dass diese Selbstverwaltung nicht kostenlos wahrgenommen werden kann, ist dabei keine neue Erkenntnis. Schon mit Einführung der preußischen Städteordnung gab es so manche Stadt, die lieber auf die Freiheiten der Selbstbestimmung verzichten wollte, weil sie die Kosten der neuen Aufgaben fürchtete. Ein nützlicher Hinweis der Geschichte für die heutige Zeit ist, das Konnexitätsprinzip – die Einheit von Aufgabenübertragung und Mittelausstattung – zu beachten.

Die Herausforderungen sind heute andere, aber geringer geworden sind die Probleme für die Kommunen 201 Jahre nach Einführung der Städteordnung und sechzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik nicht. Die globalisierte Wirtschaft, die demographische Entwicklung und der weltweite Wissenswettbewerb hinterlassen ihre Wirkungen auch in den Städten und Gemeinden. Die Kommunen sind gefragt, wenn es darum geht, Zusammenarbeit so zu gestalten, dass den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen vor Ort am besten entsprochen werden kann.



*Engagement vor Ort soll  
Brücken schaffen, die soziale  
Schichten, Herkunft und  
Lebensstile überwinden.  
Dies fördert die KAS – damit  
Deutschland für die Zukunft  
gerüstet ist.*

Neue Verantwortungsstrukturen werden vielerorts beispielsweise im Bildungssektor angedacht, um den aktuellen Entwicklungen Folge zu leisten. Gesteigerte Anforderungen an das Bildungssystem und die Bildungsinhalte durch den globalen Wissenswettbewerb sowie höhere Ansprüche von Familien an Bildung gehen heutzutage Hand in Hand. Gerade Familien der „bürgerlichen Mitte“ sehen Bildungschancen als entscheidend dafür an, einen sozialen Abstieg ihrer Kinder zu vermeiden. Das neu entstandene Qualitätsbewusstsein führt – insbesondere in Großstädten – dazu, dass die staatlichen Schulen unter harten Konkurrenzdruck von privaten Schulen geraten. Bildungsqualität wird immer öfter abseits staatlicher Schulen gesucht. Die Herausforderung, Bildung auf einem hohen Niveau zu garantieren, ist für das staatliche Bildungssystem oft nicht mehr allein eine Frage internationaler Wettbewerbsfähigkeit, sondern wird mancherorts zur Existenzfrage. Dort müssen die Kommunen sich diesen Herausforderungen stellen, und deshalb sollten sie als Akteure mit Verantwortung gestärkt werden.

Die deutschen Kommunen sind gerade auch bei ihrer eigenen städtebaulichen Entwicklung gefragt. Menschheitsfragen wie der Klimawandel entscheiden sich zuallererst in Städten. Diese nehmen nur ein bis zwei Prozent der Erdoberfläche ein, allerdings leben im Jahr 2050 voraussichtlich fünfzig Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Innovative und nachhaltige Strategien, um den damit verbundenen Herausforderungen gerecht zu werden, sind gefragt. Klar ist dabei aber auch, dass sich die Probleme deutscher Städte von denen der „Megacities“ weitgehend unterscheiden. Bereits jetzt – und in den kommenden Jahren umso mehr – stehen Kommunen vor der Notwendigkeit, den städtischen Lebensraum für eine weniger und älter werdende Bevölkerung zu gestalten. Gerade kleinere Gemeinden können den gewohnten Standard der Daseinsvorsorge nicht mehr halten.

Der Strukturwandel zur Wissensökonomie – intellektuelle Ressourcen werden wichtiger als materielle Ressourcen – erhöht den Druck auf Kommunen, global wettbewerbsfähige Strukturen zu schaffen. Städte sind Kristallisationspunkte technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen und Motoren für wirtschaftliches Wachstum. Wenn sie auf die neuen Anforderungen der Wissensökonomie keine Antwort finden, sind Abwanderungstendenzen nicht zu vermeiden. An diesen und anderen kommunalen Fragen entscheidet sich letztlich die Zukunft des ganzen Landes: Wie können Städte als Räume von Innovation und Entwicklung gestaltet werden? Welche Konsequenzen müssen für Verkehrsplanung gezogen werden, um angemessen auf den Klimawandel zu reagieren?

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit ihrer Gründung dem Subsidiaritätsprinzip, dem bürgerschaftlichen Engagement und dem Leitbild starker Kommunen verpflichtet. Die aktive Bürgergesellschaft will eine Erneuerung des Subsidiaritätsprinzips und braucht deshalb die Stärkung der stabilen kleinen Einheiten vor Ort. Dazu gehört die Familie, dazu gehört das Ehrenamt, und dazu gehören die Organe der Selbstverwaltung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, die nicht dauernd durch Aufgaben, die der Bund und die Länder ihnen übertragen, überlastet werden dürfen.

Der amerikanische Soziologe Robert A. Putman spricht von „verbindendem Sozialkapital“, von soziale Schichten, Herkunft und Lebensstile überwindenden Brücken, die durch das Engagement vor Ort geschaffen werden – wichtige Werte in einer mobilen und globalisierten Gesellschaft. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird sich auch weiter dafür einsetzen, dass die Belange „vor Ort“ Gehör und Aufmerksamkeit finden – damit Deutschland als Ganzes die Herausforderungen der Zukunft annehmen kann.



*Engagement vor Ort soll Brücken schaffen, die soziale Schichten, Herkunft und Lebensstile überwinden. Dies fördert die KAS – damit Deutschland für die Zukunft gerüstet ist.*



## DIE WELT ZU GAST IN SÜDAFRIKA

### FÜNFZEHN JAHRE NACH DEM ENDE DER APARTHEID

JULIA WEBER

*Trainee  
Auslandsbüro Südafrika,  
Konrad-Adenauer-Stiftung,  
Johannesburg*

Südafrika hat es nicht leicht. Die eine Seite beschimpft das Land als *bully*. Als den „Hegemon“ im südlichen Afrika, der seine Nachbarstaaten politisch und wirtschaftlich überrollt, der mit seinen Produkten die heimischen Märkte zerstört, den Regierungen vorschreibt, wie sie zu handeln haben, und sich auf internationaler Bühne als Sprecher des gesamten afrikanischen Kontinents ausgibt. Die andere Seite wirft Südafrika zu viel Zurückhaltung vor: nicht entschieden genug für die Demokratie und gegen die Despoten auf dem eigenen Kontinent einzuschreiten und somit Regime wie das von Robert Mugabe in Simbabwe erst ermöglicht zu haben. Die viel zitierte „Madiba Magic“, die den Beginn des demokratischen Südafrikas markierte und die Weltgemeinschaft verzauberte, scheint mehr und mehr zu verpuffen.

Dabei sah vor rund fünfzehn Jahren alles so vielversprechend aus: Nelson Mandela ging aus den ersten demokratischen Wahlen von 1994 als klarer Sieger hervor, und das Land sah sich im Aufbruch. Mit der erfolgreichen Transformation und dem Ende der politischen und wirtschaftlichen Isolation stiegen auch die Erwartungen an das „Regenbogenland“. Doch sowohl innen- als auch außenpolitisch sieht es anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende der Apartheid alles andere als rosig aus.



*Die Unterschiede zwischen Arm und Reich in der „Regenbogennation“ sind nach wie vor sehr groß. Das Bild zeigt ein verlassenes Obdachlosencamp im Schatten des Green Point Stadium in Kapstadt (Oktober 2009).*

Arbeitslosigkeit und Armut bilden nach wie vor die wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen. Die extrem ungleiche Einkommensverteilung hat sich seit dem Ende der Apartheid sogar vertieft. Nirgendwo wird die Ungleichverteilung offensichtlicher als auf den Straßen Johannesburgs: Obdachlosigkeit und Verzweiflung auf der einen Seite, Luxuslimousinen und glitzernde Shoppingcenter auf der anderen. Nur wenige andere Länder (etwa Namibia oder Brasilien) weisen eine ähnlich hohe Diskrepanz zwischen der Masse der Armen und der reichen Elite auf. Fließendes Wasser, Strom und ein festes Dach über dem Kopf sind für einen Großteil der Menschen noch immer ein Traum. Die offizielle Arbeitslosenquote Südafrikas lag 2009 bei 23,6 Prozent. Die tatsächliche Zahl wird auf über 40 Prozent geschätzt. Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik muss sich einiges tun, um einen weiteren Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut zu vermeiden. Um die Herausbildung einer sozial verantwortlichen Mittelschicht in Südafrika zu unterstützen, ist die Vermittlung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einer der Schwerpunkte der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seit Mai 2009 ist der neue Staatspräsident Jacob Zuma im Amt – und regiert mit einem klaren Mandat: 17,7 Millionen Wähler gaben ihm am 22. April 2009 ihre Stimme. Der abermals deutliche Sieg des African National Congress (ANC) und die Ergebnisse der Opposition könnten einen Trend in Südafrikas Parteienlandschaft andeuten: Während lediglich die bürgerliche Democratic Alliance (DA) mit 16,66 Prozent und der Congress of the People (COPE) mit 7,42 Prozent einen nennenswerten Anteil der Stimmen erzielen, fallen die kleineren Parteien weit zurück – die Aussicht auf ein dominantes Parteiensystem mit nur ein oder zwei Oppositionsparteien könnte in naher Zukunft Wirk-

*Um das Mehrparteiensystem der Republik Südafrika zu stärken, arbeitet die KAS mit der Inkatha Freedom Party und anderen Parteien der Opposition zusammen.*

lichkeit werden. Das KAS-Büro will das Mehrparteiensystem stärken. Dies äußert sich traditionell in der Unterstützung der Inkatha Freedom Party, doch auch andere Oppositionsparteien bezieht die KAS in ihre Arbeit ein. Zudem kooperiert die KAS auch mit regionalen Think Tanks und Universitäten bei der Erstellung von Publikationen, um die Diskussion in der Öffentlichkeit anzuregen – beispielsweise zum Thema Parteienfinanzierung, die in Südafrika weitestgehend unreguliert ist und eine Zementierung der Macht des ANC forciert.

Dass die Masse der Bevölkerung nicht mehr lange stillhalten würde, hatten zahlreiche Beobachter schon vor der vierten demokratischen Wahl im Jahr 2009 befürchtet. Und tatsächlich: Ein Streik in der Bauindustrie hatte die Arbeiten an den Fußballstadien, die derzeit für die WM 2010 errichtet werden, im Juli 2009 zeitweise zum Erliegen gebracht. Ärzte, Müllmänner, Minenarbeiter sowie Angestellte der Kommunen streikten wochenlang, und in den Townships brachen Proteste aus. Drei Monate später, im Oktober 2009, erreichten die Ausschreitungen einen neuen – gewaltsamen – Höhepunkt. Außerhalb der Armenviertel haben brutale Überfälle auf Einkaufszentren drastisch zugenommen. Die im September 2009 herausgegebene Verbrechenstatistik der Polizei zeichnet ein erschreckendes Bild: Zwar ist die Zahl der Morde insgesamt um 3,4 Prozent zurückgegangen. Doch bei landesweit 18.148 Morden zwischen März 2008 und März 2009 kann man nicht von einem Erfolg sprechen. Einbrüche in Privathäuser sind um 27 Prozent gestiegen, Einbrüche in Firmen gar um 41,1 Prozent. Ebenso auf dem Vormarsch sind Diebstähle und Entführungen von Autos und Lastwagen. Polizei und Justiz sind überfordert – oder zum Teil selbst in die Verbrechen involviert.

Anklagen wegen Korruption, Geldwäsche, Bestechung und Betrug gegen Jacob Zuma selbst wurden auf wundersame Art kurz vor der Wahl fallen gelassen. Das Verfahren gegen Zuma hatte sich über sieben Jahre hingezogen – und eine Wiederaufnahme scheint in immer weitere Ferne zu rücken, je mehr strategische Positionen in Staat und Regierung der neue Staatspräsident mit persönlichen Freunden und langjährigen Unterstützern besetzt. Die Ernennung von genehmen Richtern und die offenen verbalen Angriffe auf die Justiz lassen die Befürchtungen um die Zukunft der eigentlich so starken



*Der Congress of the People (COPE) etablierte sich bei den Wahlen 2009 auf Anhieb als drittstärkste Kraft. Lange Schlangen bildeten sich vor den Wahllokalen.*



Verfassung des Landes, an deren Entstehungsprozess die KAS aktiv mitgewirkt hat, wachsen. Daher werden auch künftig die Themen Verfassungsentwicklung, Rechtsstaat und Unabhängigkeit der Justiz einen Schwerpunkt der KAS-Arbeit in Südafrika bilden.

Trotz aller Bedenken und Kritik, eines hat Südafrika im Jahr 2009 bereits bewiesen: Für die Fußballweltmeisterschaft ist man gerüstet. Auch wenn Transport und Unterbringung der FIFA noch Sorgen bereiten: Im Confederations-Cup, der im Juli 2009 in Südafrika ausgetragen wurde, paarten sich afrikanische Lebensfreude mit einer Fußballbegeisterung, die das ganze Land in den Griff nahm. Vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 kann Südafrika der Welt beweisen, dass es ein guter Gastgeber ist. Für die afrikanischen Nachbarn und für den Rest der Welt.